

Laudatio
Hans Tietmeyer

In der Satzung der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung ist festgelegt, daß der Preis ausgelobt wird u.a. für „hervorragende ... publizistische ... Verdienste ... für die Festigung und Förderung der Grundlagen einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“. Das für die Auswahl der Preisträger verantwortliche Kuratorium hat nach sorgfältiger Beratung beschlossen, den ersten Publizistik-Preis der Stiftung an Herrn Hans D. Barbier zu verleihen.

Für diese Entscheidung gab und gibt es vor allem einen Grund:

Hans D. Barbier tritt in all seinen Publikationen und bei all seinen öffentlichen Diskussionen stets mit scharfem Verstand und spitzer Feder für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ein, und er ist dem Gedankengut Friedrich August von Hayeks in besonderer Weise verbunden.

Für die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Diskussion in Deutschland und darüber hinaus ist Hans D. Barbier heute so etwas wie ein *Leuchtturm* für marktwirtschaftliches und freiheitliches Denken. Seine Analysen und Kommentare helfen vielen Menschen, ökonomische und insbesondere ordnungspolitische Orientierung zu finden in dem oft nur schwer durchschaubaren Dickicht von politischen und wirtschaftlichen Einzelaktionen und in dem vieldimensionalen Geflecht von Partikularinteressen. Mit „unprätentiöser Gelehrsamkeit“, „unaufgeregtem Engagement“ und „gelassener marktwirtschaftlicher Überzeugungstreue“ – wie Otto Schlecht es einmal treffend formuliert hat – analysiert und kommentiert er regelmäßig das Tagesgeschehen der Politik und der Wirtschaft.

Dabei ist es nur zu natürlich: Seine stets scharfsinnigen Analysen und Kommentare bereiten den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft nicht immer nur Freude. Das gilt gelegentlich sogar für Vertreter der dritten Gewalt in Karlsruhe oder auch für die Währungshüter in Frankfurt. Dennoch: Seine Stellungnahmen und Wertungen sind meist treffend und notwendig zugleich. Insbesondere die Politik – wo immer sie gemacht und beeinflußt wird – braucht die kritische öffentliche Begleitung durch sachverständige Analyse und Kommentierung.

Friedrich August von Hayek hat zu Recht immer wieder mit Nachdruck auf die Begrenztheit und Offenheit menschlichen Wissens hingewiesen und den Wettbewerb als generelles Entdeckungsverfahren gekennzeichnet. Das gilt zweifellos für die Politik ebenso wie für die Wirtschaft.

Gewiß, viele Politiker, Interessenvertreter, aber auch manche sogenannte Wirtschaftspraktiker lieben das Vergrößerungs-, besser gesagt, das Brennglas der kritischen Analyse oft nicht und bezeichnen es dann als einseitig oder als verzerrend. Für sie sind überdeckende Akklamationen meist attraktiver – so meinen sie jeden-

falls. Die freiheitliche Gesellschaft sowie zukunftsorientierte Politikentwürfe brauchen aber solch kritische Stimmen und Brenngläser, die sich weder durch Lob noch durch Tadel von ihrem Urteil abhalten lassen. Zugedeckt und verdeckt oder auch vordergründig argumentiert wird in unserer kurzatmigen Mediengesellschaft ohnehin schon zu viel.

Gewiß, Politiker und Praktiker müssen bei ihren Entscheidungen oft viele Aspekte und Dimensionen abwägen und berücksichtigen. Aber das Zudecken von Widersprüchen oder das Nichtberücksichtigen von negativen Sekundär- oder Tertiäreffekten führt nicht weiter, jedenfalls nicht in die richtige Richtung. Politik ist insbesondere in der freiheitlichen und offenen Gesellschaft immer auch ein Suchprozeß, in dem das Bessere der Feind des Guten ist. „Austauschbarkeit auf Hochglanz“ – wie Hans D. Barbier es vor kurzem einmal formuliert hat – das kann und darf kein Maßstab für die Politik oder die Wirtschaft beim Ringen um die bessere Zukunft sein.

Hans D. Barbier, der gebürtige Rheinländer, wurde in seiner Urteilsfähigkeit schon früh geprägt durch das Ökonomie-Studium an der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, einer der damaligen Hochburgen wirtschaftswissenschaftlicher und währungspolitischer Diskussionen – ich nenne nur Namen wie Herbert Giersch und Wolfgang Stützel. Er hat dann die Wirtschaftspolitik der Bonner Republik seit den frühen siebziger Jahren aus unmittelbarer Nähe kritisch begleitet und – wie ich aus persönlicher Erfahrung bestätigen kann – sie so auch beeinflußt. Heute ist seine räumliche Distanz zur Politikzentrale zwar größer; sein Urteil ist aber nicht weniger fundiert und unabhängig zugleich. Weder wird die Politik der Berliner Republik von ihm aus der neuen räumlichen Distanz schärfer beurteilt, noch kommt ihr diese bei der kritischen Beurteilung im Detail zugute. Für Hans D. Barbier sind die Maßstäbe stets gleich – auch wenn die Berliner Bundespolitik ihren nachhaltigen Test wohl erst noch bestehen muß.

Die Ordnungspolitik in allen wirtschaftsrelevanten Bereichen war und ist ja zu Recht sein entscheidender Maßstab für die Beurteilung wirtschafts- und sozialpolitischen Handelns. Mit diesem Maßstab steht er auch in der ordoliberalen Tradition von Walter Eucken und des politischen Begründers der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhard.

Wenn ich es richtig sehe, ist seine geistige Nähe zu den Grundgedanken von Friedrich August von Hayek aber eher noch größer. Mit ihm teilt er nicht nur die Skepsis gegenüber allem absoluten Wissen und den aus solchem vermeintlichen Wissen resultierenden politischen Entscheidungen. Er ist auch – wie Hayek – gelegentlich ein Mahner vor den selbstzerstörerischen Folgen einer Überschätzung der kollektiven Vernunft. Schon deswegen ist ihm jeder sozialistische Politikansatz suspekt, den ja auch Hayek immer wieder als Mißbrauch der Vernunft und letztlich als Weg in die Knechtschaft bewertet hat. Und mit Hayek teilt er auch die Skepsis gegenüber dem überwuchernden Wohlfahrtsstaat – und zwar nicht nur wegen des mit ihm verbundenen eskalierenden kollektiven Finanzierungsbedarfs, sondern vor allem, weil er darin

eine Tendenz zum Sozialismus, zur Einschränkung der Eigenverantwortung und des Wettbewerbs als eines „essential“ der Freiheit sieht.

Auch dem heute geradezu inflationär genutzten Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ steht Hans D. Barbier skeptisch gegenüber. Mag Friedrich August von Hayek mit dem Vorwurf des Wieselwortes bei der (richtig verstandenen) Sozialen Marktwirtschaft mit seiner Kritik auch recht weit – m. E. sogar zu weit – gehen. Das Postulat der „sozialen Gerechtigkeit“, für die der Staat sorgen müsse, wird sicher vielfach fehlinterpretiert. Abgesehen von der damit verbundenen intellektuellen „Anmaßung des Wissens“ wird dieses Postulat im politischen Alltag ja leider auch meist verkürzt auf die Dimension der ökonomischen Verteilungsgerechtigkeit. „Soziale Gerechtigkeit“ umfaßt aber – richtig verstanden – weit mehr als „angemessene“ oder gar „egalitäre“ Verteilung von Einkommen und Lebensstandard. Bei richtigem Verständnis der sozialen Gerechtigkeit geht es vor allem um die Einräumung von Chancen und um den Ausgleich von Leistungen im Sinne der Tausch- und Leistungsgerechtigkeit.

Hans D. Barbiers Grundorientierung war und ist, den Staat und das Gemeinwesen nicht zu überfordern. Die Wirtschafts- und Sozialordnung kann letztlich nach seiner Meinung – wenn ich es richtig sehe – nur *eine* Dimension der Gleichheit verwirklichen: die Gleichheit vor dem Recht. Nur diese Gleichheit paßt nach seiner grundliberalen Auffassung zum freiheitlichen Rechtsstaat. Und sie läßt damit zugleich den Freiraum für Innovation und Dynamik.

Die Marktwirtschaft und das Soziale liegen in der richtig verstandenen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft nicht weit auseinander, auch wenn sie nicht in allem schon deckungsgleich sind. Hans D. Barbier hat das vor kurzem so formuliert: „Die Erfolgsformel einer auch das Soziale bedienenden Wirtschaftspolitik heißt Marktwirtschaft.“ Ich bin sicher: Nicht nur Ludwig Erhard sondern auch August von Hayek hätte diesen Satz unterschrieben. Und er beinhaltet zum großen Teil auch das, was der von Hans D. Barbier nicht sehr geschätzte Begriff der Neuen Sozialen Marktwirtschaft jedenfalls in meiner Interpretation meint, nämlich mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung auch im Bereich des Sozialen. Die im Laufe der Jahrzehnte entstandene Zwillingsordnung von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik als separate Politiken ist jedenfalls eine Fehlinterpretation des Erhard'schen Konzeptes der Sozialen Marktwirtschaft. Richtige Wirtschaftspolitik ist zugleich auch gute Sozialpolitik, wenn sie auch allein nicht ausreicht. Aber die Wirtschafts- und Sozialordnung müssen sich an den gleichen Grundprinzipien orientieren.

Daß die zwar nicht voll identischen, aber sich ergänzenden Beiträge von Eucken, Hayek sowie Erhard und Müller-Armack bei der notwendigen Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft nicht verloren gehen, dafür – dessen bin ich sicher – wird auch in Zukunft die kritische Begleitung und Kommentierung von Hans D. Barbier sorgen. Denn das war auch schon bisher sein „hervorragender Beitrag zur freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland und Europa“. Und dafür hat er diesen ersten Publizistik-Preis verdient.